

BEBAUUNGSPLAN „ELF MORGEN“ STADTTEIL BÜHL M. 1:500

überholt

ZEICHENERKLÄRUNG:

- FLÄCHE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
- WA** ALLGEMEINES WOHNGEbiet
- MI** MISCHGEbiet
- LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZFLÄCHE
- STRASSENFLÄCHE GEHWEGLÄCHE
- V** VERKEHRSGRÜNFLÄCHE
- — — — — GRENZE, UNTERSCHIEDL. NUTZUNG
- — — — — BAUGRENZEN
- ← → GEBAUDESTELLUNG
- — — — — ANSCHLUSSBESCHRÄNKUNG (EIN- UND AUSFAHRTSBOGEN)
- — — — — GEHRECHT, FAHRRECHT, LEITUNGSRECHT
- — — — — TRAFOSTATION
- — — — — SICHTFELD / VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHE
- — — — — PFLANZGEBOT FÜR BAUM- u. BUSCHGRUPPEN
- — — — — PFLANZGEBOT FÜR FLÄCHENHAFT ANPFLANZUNGEN
- ○ ○ ○ ○ PFLANZGEBOT FÜR EINZELBÄUME

NUTZUNGSSCHABLONE	BAUGEBIET	ZAHL. DER VOLLGESCHOSSE
	GRUNDFLÄCHENZAHL	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
	—	BAUWEISE
	SATTELDACH (SD), KNESTOCK (KN)	DACHNEIGUNG (DN)
	b = BESONDERE BAUWEISE o = OFFENE BAUWEISE,	△ OFFENE BAUWEISE, NUR EINZELN. ZULASSIG

- A. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 und § 2 der Baunutzungsverordnung (BaunVO) in der Fassung vom 19.9.1976.
- Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG
Sichtfeld / von der Bebauung freizuhaltende Fläche
Mit der Festsetzung „+D“ ist ein anrechenbares Dachgeschoss in Sinne von § 2 Abs. 4 und 5 LBO zulässig.
 - Bauweise § 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG
Sichtfeld / von der Bebauung freizuhaltende Fläche
 - Stellung der baulichen Anlagen § 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG
Soweit die Stellung der baulichen Anlagen auf den Grundstücken eingetragen ist, ist sie verbindlich.
 - Sichtflächen § 9 Abs. 1 Ziff. 10 BBauG
Die ausgewiesenen Sichtdreiecke sind von jeglicher nichtbaulicher Nutzung ab 0,70 m Höhe freizuhalten.
 - Geh-, Fahr- und Leitungsrechte § 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG
Die in Plan eingetragenen Geh-, Fahr- und Leitungsrechte dienen der Erschließung der hinterliegenden Baugrundstücke. Die Inanspruchnahme der Flächen ist zwischen Eigentümer und Begünstigten abzuwägen festzusetzen. In den mit einem Pflanzgebot belegten Flächen sind Straßbäume unzulässig.
 - Pflanzgebot § 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG
Zur Gestaltung des Ortsrandes als Übergang von der Siedlung in die freie Landschaft des Neckartales werden Pflanzgebote für Baum- und Buschgruppen und eine Zone für eine flächenhafte Begrünung mit Obstbäumen oder sonstigen standortgerechten Laubbäumen festgesetzt. In den mit einem Pflanzgebot belegten Flächen sind Straßbäume unzulässig.
- B. Raumordnungrechtliche Festsetzungen nach § 11 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 20.6.1972.
- Beschulung § 11 Abs. 1 Ziff. 1 LBO
Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde nach Empfehlung des Ortschafsrates „BÜHL“ gemäß § 2 Abs. 1) Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen beschlossen und am 6. AUGUST 1977 öffentlich bekanntgemacht.
 - Bürgerbeteiligung § 11 Abs. 1 Ziff. 2 LBO
Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a Abs. 1 BBauG am 10. AUGUST 1977 bzw. in der Zeit vom 11.8. - 12.9.1977.
 - Auslegungsbefehl § 11 Abs. 1 Ziff. 3 LBO
Der Gemeinderat hat nach Empfehlung des Ortschafsrates „BÜHL“ am 6. MÄRZ 1978 den Bebauungsplan als Entwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.
 - Öffentliche Auslegung § 11 Abs. 1 Ziff. 4 LBO
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen nach Empfehlung des Ortschafsrates 23. OKT. 1978 als Satzung beschlossen.
 - Genehmigung § 11 Abs. 1 Ziff. 5 LBO
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des Reg. Präsid. Tübingen gemäß § 11 BBauG am 6. JUNI 1979 mit Erlass Nr. 13-43/3005.2 - 1128/78 genehmigt.
 - Inkrafttreten § 11 Abs. 1 Ziff. 6 LBO
Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde am 11. JULI 1979 gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:
Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde nach Empfehlung des Ortschafsrates „BÜHL“ gemäß § 2 Abs. 1) Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen beschlossen und am 6. AUGUST 1977 öffentlich bekanntgemacht.
2. BÜRGERBETEILIGUNG:
Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a Abs. 1 BBauG am 10. AUGUST 1977 bzw. in der Zeit vom 11.8. - 12.9.1977.
3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:
Der Gemeinderat hat nach Empfehlung des Ortschafsrates „BÜHL“ am 6. MÄRZ 1978 den Bebauungsplan als Entwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.
4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:
Der Bebauungsplan wurde mit Begründung hat vom 12. JULI 1978 bis 18. AUGUST 1978 in Tübingen und im Stadtteil „BÜHL“ öffentlich ausgestellt.
5. SATZUNGSBESCHLUSS:
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen nach Empfehlung des Ortschafsrates 23. OKT. 1978 als Satzung beschlossen.
6. GENEHMIGUNG:
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des Reg. Präsid. Tübingen gemäß § 11 BBauG am 6. JUNI 1979 mit Erlass Nr. 13-43/3005.2 - 1128/78 genehmigt.
7. INKRAFTTRETEN:
Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde am 11. JULI 1979 gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

ÄNDERUNGEN LAUT GEMEINDERATS BESCHLUSS
VOM 23. OKTOBER 1978

Achtung:
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen

ÜBERSICHTSPLAN M. 1:5000 AUSZUG AUS DEM FNP-ENTWURF III

TÜBINGEN, DEN 10. FEBR. 1978
BÜRGERMEISTERAMT

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT
STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT
STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT
STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

KLAPPE: ÄNDERUNGEN LAUT GEMEINDERATS
BESCHLUSS VOM 23. OKTOBER 1978

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG
VOM 6.6.1979 NR. 4121/79
REGIERUNGSPRÄSIDIUM Tübingen
Tübingen, den 6.6.1979

FASZ.NR. 3013